

# Die Hämese

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 9.

Charlottenburg, Freitag, den 28. Februar 1919.

Jahrg. 46.

## Lohnvereinbarungen in der Steingutindustrie.

Die vereinigten Steingutindustriellen haben lange gezögert, dem Drängen der Arbeiterschaft nach einer zeitgemäßen Lohnregulierung zu entsprechen. Zwar hatten sie den guten Willen dazu und auf eine diesbezügliche Anregung seitens unserer Verbandsleitung sofort erklärt, sie fühlten sich aber in der Ausführung behindert durch die infolge der Besetzung linksrheinischen und pfälzischen Gebietes durch die feindlichen Mächte erfolgte Abschürfung eines Teiles ihrer Mitgliedschaft. Inzwischen haben sie eingesehen, daß die Arbeiterschaft nicht warten wollte und konnte, bis sich Verbindung und Verkehr mit dem besetzten Gebiete wieder glatt vollziehen können. Die Verhandlungen zwischen den beteiligten Organisationen haben am 19. Februar in Dresden stattgefunden. Das Protokoll darüber liegt noch nicht vor, weil die Industriellen die Gegenzeichnung durch die an den Verhandlungen nicht beteiligte Geschäftsleitung der Unternehmervereinigungen für erforderlich hielten, und diese Geschäftsleitung sich in Wien, also im besetzten Gebiet befindet. Trotzdem sind aber die gefaßten Beschlüsse durch die Unterschrift der Vertreter der beteiligten Organisationen bereits rechtskräftig geworden, und zwar bezüglich der Lohnhöhe rückwirkend bis zum 1. Februar. In einem nach Schluß der Verhandlungen erhaltenen vorläufigen Protokollauszug geben wir die getroffenen Vereinbarungen mit dem Ersuchen, sie genauestens zu beachten, der Arbeiterschaft zur Kenntnis. Besonders zu beachten ist, was allerdings im Protokollauszug nicht ausdrücklich gesagt ist, worüber aber volle Einstimmigkeit der Sitzungsteilnehmer herrschte, daß, abgesehen von den einzigen, in Ziffer 1 benannten Ausnahmen, in keinem Falle die am 31. Juli 1914 bestandenen Löhne herabgesetzt werden dürfen, ehe der Lohnzuschlag erfolgt, und daß auch zurzeit bereits bestehende höhere Löhne, als die einschließlich des Zuschlages zum Lohne vom 31. Juli 1914 sich ergebenden, nicht gekürzt werden dürfen, denn unsere Forderungen sind als Mindestforderungen durchaus anerkannt und behandelt worden.

Die vereinbarte Nachzahlung der Lohnbeträge, die sich aus den Unterschieden zwischen den seit dem 1. Februar gezahlten und den vom gleichen Datum nunmehr geltenden Pflichtlöhnen ergibt, wird vielleicht schon bei der nächsten Lohnzahlung erfolgen können, denn in manchen Betrieben wird man mit den erforderlichen Berechnungen dazu nicht fertig werden. Die Kollegen wollen sich dadurch aber nirgends beunruhigen lassen, wir sind nicht geneigt und vorläufig auch nicht berechtigt, daran zu zweifeln, daß die loyale Durchführung der Vereinbarungen bei den vereinigten Steingutbetrieben überall erfolgt. In solchen Betrieben, die den Unternehmerverbänden nicht angeschlossen sind, ist sofort dem Unternehmer die Vereinbarung als Forderung durch die Vertreter der Arbeiter vorzulegen und bis 1. Februar rückwirkende Erfüllung zu verlangen und über den Erfolg an unsere Verbandsleitung zu berichten. Das Verzeichnis der vereinigten Unternehmer, das uns noch nicht vorliegt, werden wir in nächster Nummer der „Hämese“ zum Abdruck bringen.

### Sinn

der vereinigten Steingutfabriken, der Vereinigung Deutscher Spülwaren- und Sanitätsgeschirrfabriken, des Verbandes Deutscher Porzellan- und verwandter Arbeiter und Arbeiterinnen, des Verbandes Deutscher Fabrikarbeiter und des Zentralverbandes der Arbeiter und Arbeiterinnen vom 19. Februar 1919.

Folgende Vereinbarungen und Beschlüsse wurden getroffen:

1. Die Löhne nach dem Stande vom 31. Juli 1914 werden um 125 Proz. erhöht. Wo bereits höhere Löhne bestehen, bleiben diese in Kraft.

Die Fabriken Wächtersbach und Schramberg erhalten insofern eine besondere Stellung, als in diesen Betrieben anormal hohe Löhne bei Wächtersbach bezüglich geflochtener und durchbrochener Biergegenstände, bei Schramberg bezüglich der Luxus- und Kunstartikel mit Zustimmung der in diesen Betrieben davon betroffenen Arbeiterschaft im Einvernehmen mit dem örtlichen Arbeiterausschuß herabgesetzt werden können und daß, wenn keine örtliche Einigung erzielt wird, die Arbeiterorganisation selbst eine Regelung treffen kann. Die Festsetzung der Zeit, innerhalb der derartige Lohnherabsetzungsanträge durch die Arbeiterorganisation erledigt werden müssen, soll später erfolgen.

2. Die Brenner dürfen über 48 Stunden hinaus pro Woche bis zu 60 Stunden, höchstens aber 12 Stunden hintereinander beschäftigt werden. Der Lohn für die über 48 Stunden in der Woche geleistete Arbeit der Brenner wird auch bei Sonntagsarbeit um 25 Proz. erhöht.

3. Jugendliche und Lehrlinge erhalten bis zum vollendeten 16. Lebensjahre die Hälfte des zu 1 beschlossenen Lohnzuschlages. Ueberstunden sind voll zu bezahlen.

4. Die Arbeitgeberverbände sind im Prinzip geneigt, in kommender Zeit in Verhandlungen mit den Arbeitnehmerorganisationen über Kollektivverträge einzutreten. Herr Wollmann nimmt die Erklärung dankend an.

5. Für Ueberstunden wird ein Lohnzuschlag von 25 Proz., für Sonntagsarbeit ein solcher von 50 Proz. gewährt. Die Brenner sind auf Grund der Vereinbarung unter 2. hiervon ausgenommen.

Die Fabriken erklären, daß sie in Zukunft erforderlichenfalls jederzeit die Frage prüfen wollen, ob die nach Lage jedes Falles in den einzelnen Betrieben noch vorhandene Sonntagsarbeit abgeschafft oder anders gestaltet werden kann und mit den Arbeitnehmerorganisationen hierüber hinaus zu beraten.

6. Es wird festgestellt, daß die Zeit des Brenners am Ofen als Arbeitszeit voll anerkannt wird.

7. Die Arbeitgeberverbände erklären ihre Bereitwilligkeit, die sogenannten „gelben“ Verbände sich selbst zu überlassen, hierüber die Einwilligung der einzelnen Mitglieder einzuholen und diese dann den Arbeitnehmerorganisationen mitzuteilen.

8. Die Vertreter der Arbeitgeberverbände stellen das Verlangen, daß alle diejenigen Vereinbarungen, welche sie mit den erschienenen Arbeiterorganisationen getroffen haben bzw. noch treffen werden, unbedingt auch Platz greifen müssen auf die nicht den Verbänden angehörenden Steingutfabriken bzw. Spülwaren- und Sanitätsgeschirrfabriken.

Die Vertreter der Arbeitnehmer sagen zu, daß sie dieses mit allen Mitteln durchführen werden. Zu diesem Zwecke werden ihnen die Mitglieder der von diesen Abmachungen betroffenen Arbeitgeberverbände namhaft gemacht werden.

9. Als Anfangstermin für die getroffenen Lohnvereinbarungen wird der 1. Februar 1919 festgelegt.

Die getroffenen Vereinbarungen gelten nur für die im unbefetzten Gebiete gelegenen Betriebe. Es soll den im besetzten Gebiete gelegenen Betrieben die Annahme und

Durchführung der getroffenen Vereinbarungen nach Möglichkeit nahegelegt werden.

10. Die Firma Wächtersbach soll 14 Tage nach Wiederaufnahme des Betriebes, die Firma Schramberg 14 Tage nach Zustellung der Beschlüsse der heute getroffenen Vereinbarungen die erfolgte Regelung der anormal hohen Löhne den Arbeiterausschüssen mitteilen.

Gezeichnet: (Unterschriften).

## Heimarbeit.

Dieses Schmerzkind des modernen Erwerbslebens wird auch nach der politischen Umwälzung insbesondere die Gewerkschaften noch öfter beschäftigen müssen. Wiederholt sind schon Anläufe unternommen worden von Seiten der Arbeiterorganisationen, um die besonders trassen Schäden dieses konzentrierten Ausbeutungssystems zu beseitigen. Die Hoffnung der Heimarbeiter auf ein endgültiges Verbot oder doch mindestens erhebliche Einschränkung der Heimarbeit nach der Revolution ist nach dem Ausfall der Wahlen zur Nationalversammlung wieder auf den Nullpunkt gesunken. Die bürgerliche Mehrheit dieses Parlaments wird für so weitgehende sozialpolitische Forderungen kaum zu haben sein.

Jedem organisierten Heimarbeiter muß es aber mehr denn je als gebieterische Notwendigkeit erscheinen, immer wieder auf die Schäden der Heimarbeit hinzuweisen und auf deren Abstellung zu drängen. Darunter leiden nicht nur die Arbeiter in der Heimindustrie, sondern auch die in den Fabrikbetrieben, ja, jeder soziale Fortschritt wird dadurch bedroht. Denken wir an die Schwierigkeiten, die sich der Durchführung der achtstündigen Arbeitszeit in der Heimarbeit entgegen stellen, denken wir an die herrschende Wohnungsnot und deren besonders schlimme Folgen für die Heimarbeiter, denken wir an die allgemeine und soziale Hygiene u. v. a.

Hier ist es Aufgabe der in Frage kommenden Gewerkschaften, erneut und energisch den Hebel zur Besserung anzusetzen. Können wir das Uebel nicht ganz beseitigen, so müssen wir wenigstens die schlimmsten Uebelstände austrotten, die möglichst weitgehendste Einschränkung der Heimarbeit fordern. Um die heute zum Schutze der Heimarbeiter bereits bestehenden Bestimmungen nicht auf dem Papier stehen zu lassen, sondern auch praktisch durchzuführen, wäre es m. E. notwendig, geeignete Organe, die mit behördlichen Machtbefugnissen ausgestattet sind, zu schaffen, die die Ueberwachung in den Heimarbeiterbezirken auszuführen haben. Wären die Arbeiterräte nicht beiseite geschoben worden, hätten diese die Möglichkeit gehabt, diesem kapitalistischen „Blümchen Mührmichnichten“ zuleibe zu gehen. Die Vertreter der Gewerkschaften sind ohne behördliche Machtbefugnisse außerstande, energisch eingreifen zu können. Es ist notwendig, daß sich die berufenen Organe unter Hinzuziehung von Vertretern aus Heimarbeiterbezirken in aller Kürze mit den in Frage kommenden Gewerkschaften verständigen, um gemeinschaftlich der Regierung diesbezügliche Forderungen unterbreiten zu können. Wo ein Wille, da ist auch ein Weg. Und wenn die Welt voll Teufel wär, es muß uns doch gelingen, die Gleichgültigkeit und den bekannten elenden Egoismus zu besiegen. Auch den Heimarbeitern soll die Morgenröte einer besseren Zeit aufsteigen, wenn nicht anders, dann gegen ihren Willen. Der Welt und der gesamten Menschheit sind wir das schuldig.

Edwin Jaumann.

(Anmerkung der Redaktion.) Mit dem Grundgedanken in vorstehenden Zeilen, den wir dahin auffassen, daß es zwingend notwendig ist, dafür zu sorgen, daß die zum Schutze der Heimarbeiter bestehenden Vorschriften auch überall durchgeführt und weitere Schutzmaßnahmen getroffen werden, dürfte jeder von uns reiflos einverstanden sein. Im übrigen meinen wir aber, und darin stehen wir im Gegensatz zum Kollegen Jaumann, dürfte gar nicht daran zu denken sein, gegen den Willen der Heimarbeiter selbst diesen die Besserung der Zustände zu schaffen. In diesem Falle kommt der Segen nicht von oben — nicht von einer anderen Seite, sondern die Heimarbeiter werden selbst sich mehr als bisher mühen und es ihnen dazu beitragen müssen, daß die Schutzbestimmungen durchgeführt, bestimmte Lohn- und Arbeitsbedingungen innegehalten werden. Ohne Zugehörigkeit zur Organisation können die Heimarbeiter wirtschaftliche Vorteile nicht erringen, das ist ein Lapidarfall, der erst einmal in die Köpfe der Heimarbeiter mehr als bisher eingang finden muß. So einfach ist die Frage der Heimarbeit nicht zu lösen, daß man deren vollständiges Verbot durch Gesetz einfach fordern könnte. Die Arbeiterräte sind noch u. E. auch nicht mit der magischen Gewalt ausgestattet, die notwendig wäre, um die Heimarbeitsfrage im Sinne des Kollegen Jaumann lösen zu können. Un-

zweifelhaft können aber die Arbeiterräte gerade in den Heimarbeiterbezirken segensreiche Arbeit leisten, sofern sie sich auf ein eigentliches wirtschaftliches Gebiet beschränken und Hand in Hand mit den Gewerkschaften tätig sein wollen. Ob und von wem und aus welchem Grunde die Arbeiterräte im Bezirk des Kollegen Jaumann beiseite geschoben wurden, entzieht sich unserer Kenntnis. Die Heimarbeitsfrage an sich, die Kollege Jaumann angeschnitten hat, ist aber einer ausgiebigen Diskussion wert. Es wäre zu wünschen, daß sich die Heimarbeiter und -arbeiterinnen erster Linie sehr rege an einer solchen öffentlichen Aussprache beteiligen. Auch den Heimarbeitern müssen die Erzeugnisse einer neuen Zeit zugute kommen, sie brauchen in erhöhtem Maße den Schutz ihrer beruflichen Organisation, wenn das Ziel erreicht werden soll.

## Aus unserm Berufe.

Elberfeld. Die Emaille-Schriftmaler haben kürzlich eine Lohnbewegung durchgeführt, als deren Ergebnis eine Erhöhung der Löhne um 90—120 Proz. erreicht wurde. Die nach der Erhöhung erzielten Verdienste müssen in Anbetracht der heutigen Lebensverhältnisse immer noch als sehr mäßige und wenig aukömmliche bezeichnet werden. Die Bestrebungen der Maler auf Erzielung auskömmlicher Verdienste werden und können damit einen Abschluß nicht gefunden haben, sondern werden mit aller Energie fortgesetzt werden müssen. Die Schriftmaler in Elberfeld sind der Ansicht, daß für ihre Interessen mehr als bisher von Seiten der Verbandszentrale geschehen müsse. Ferner sind die der Meinung, daß in unserem Fachblatt „Die Ameise“ die besonderen Verhältnisse der Schriftmaler mehr und öfter als bisher Erwähnung finden müßten.

Wir möchten dazu gleich bemerken, daß es ganz selbstverständlich ist, daß den Schriftmalern, wie allen anderen Sparten unseres Berufes das Fachblatt zur Verfügung steht, so wie es verlangt wird. Wir meinen aber, daß die Schriftmaler selbst dafür sorgen müssen, die ihre Verhältnisse in unserem Organ zur Kenntnis zu bringen haben, damit ihre speziellen Fachkollegen an den an deren Orten einen Einblick in die Gesamtverhältnisse dieses verhältnismäßig kleinen Berufes gewinnen. Die Redaktion kann doch auf die speziellen Verhältnisse im Schriftmalerberufe auch nur dann näher eingehen, wenn man ihr die nötigen Informationen zugehen läßt.

Die engste Fühlungnahme untereinander müßte in diesen Spezialberufe nach unserem Dafürhalten viel leichter herzustellen sein, als in jedem anderen. So lange das aber noch nicht geschehen, ist unser Fachblatt das geeignetste Mittel, solche enge Verbindung vorzubereiten und herzustellen. Die Kollegen des Schriftmalerberufes sollen nur davon regen Gebrauch machen, die Spalten der „Ameise“ stehen ihnen zur Verfügung.

## Vermischtes.

Die Neugestaltung unserer Wohnungs- und Siedlungsverhältnisse. Eine großzügige Reform unserer Wohnungs- und Siedlungsverhältnisse erscheint auch im neuen Deutschland als eine der allerwichtigsten und dringlichsten Aufgaben. Diese Ueberzeugung kam zu einem starken Ausdruck auf einer großen Kundgebung, die der Deutsche Wohnungsausschuß am Montag, den 10. Februar abends im Abgeordnetenhaus in Berlin veranstaltete. Die Hauptredner des Abends, der Geschäftsführer des Wohnungsausschusses und des Deutschen Vereins für Wohnungsreform, Dr. R. v. Marquardt, und der Geschäftsführer der „Westfälischen Heimstätte“ und des Westfälischen Vereins für Kleinwohnungswesen, Generalsekretär Bornbrod-Münster i. W., führten aus, daß der notwendig Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft durch bessere Ausnutzung unseres heimischen Bodens Umwälzungen großen Stiles auch in unserem Siedlungswesen — innere Kolonisation! — sowie auch großzügige Maßregeln der Wohnungsreform im engeren Sinne erfordere, und daß bereits im gegenwärtigen Augenblick eine ganze Reihe solcher Maßregeln unbedingt notwendig und durchführbar seien, z. B. weitere Ausgestaltung des Enteignungsrechts, preisverbilligende Heranziehung des öffentlichen Landes und der Baustoffvorräte der Heeresverwaltung, steuerliche Befreiungen für die Aufwendungen der Industrie für das Wohnungswesen u. dgl. m. Von allen Seiten wurden die neuesten von der Reichsregierung getanen großen Reformschritte, vor allem das Siedlungsgesetz, die umfassende Verordnung zur Beseitigung der Wohnungsnot, das Erbbauerechtsgesetz und die Errichtung einer besonderen Abteilung für das städtische und ländliche Wohnungswesen im Reichsarbeitsamt mit Dank und lebhafter Freude begrüßt. Andererseits freilich warnte der in der Versammlung anwesende Reichs- und Staats-

kommissar für das Wohnungswesen, Geheimrat Scheidt, nicht mit Unrecht vor Hoffnungen auf eine sehr schnelle Besserung der Zustände, die angesichts der ungeheuren Schwierigkeiten unerfüllbar seien. Umso mehr stellte sich die Versammlung aber auf den Standpunkt, daß die durch die Errichtung des Reichs- und Staatskommissariats für Wohnungswesen angebahnte einheitliche Regelung des ganzen Gebietes in entschlossenster und umfassendster Weise weiter auszubauen sei und gab diesem Verlangen auch in der einmütig aufgenommenen Entschliebung entschiedenen Ausdruck. Mit besonderer Freude endlich wurden die Ausführungen eines Redners aus Deutsch-Österreich aufgenommen, der in warmer Weise für zukünftige gemeinsame Arbeit auf diesem Gebiete eintrat.

## Versammlungsberichte.

**Elsterwerda.** Am 24. Januar referierte Genosse, Schneider vom Hauptvorstand hier in einer gut besuchten Versammlung der Steingutarbeiter. Redner erläuterte die vom Vorstand aufgestellten Forderungen und zeichnete ein Bild von der gegenwärtigen Situation in unserem Berufs- und unserem Verbands. Er ermahnte die Versammlungssteilnehmer, in erster Linie dafür zu sorgen, daß das gesamte Betriebspersonal der Steingutfabrik einheitlich und geschlossen sich in unserem Verbands vereinige. Die erste und wichtigste Voraussetzung für jeden Erfolg ist immer die größte Einheitlichkeit und Geschlossenheit im Wollen und Handeln. Der Erfolg war eine bedeutende Mitgliederzunahme. Die eingereichten Forderungen wurden von der Firma in der Hauptsache ohne besondere Schwierigkeiten bewilligt. Es liegt nunmehr aber auch an der Arbeiterschaft, durch treues Festhalten am Verbands zu beweisen, daß sie gewillt ist, am gemeinschaftlichen Werke dauernd mitzuarbeiten. Die wenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, die heute unserem Verbands noch nicht angehören, werden hoffentlich in kurzer Zeit auch noch einsehen, daß ihr Platz in den Reihen ihrer Kollegen ist und werden sich dem Porzellanarbeiterverbande noch anschließen.

**Ilmenau.** Die am 9. Februar stattgefundene Zahlstellenversammlung hätte, in Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung, besser besucht sein können. Der Vorsitzende, Genosse Erdmann, eröffnete gegen 4 Uhr die Versammlung und gibt folgende Tagesordnung bekannt: 1. Geschäftliches. 2. Rassenabschluss vom 4. Quartal 1918. 3. Wahl von Kartelldelegierten. 4. Unsere Lohnvereinbarungen. Unter „Geschäftliches“ gibt der Vorsitzende einen Beschluß der Zahlstellenverwaltung bekannt, wonach für Sitzungsentwädigung eine Mark bezahlt werden soll. Die Versammlung stimmt dem einstimmig zu. Weiter regt der Vorsitzende an, daß künftig die Zahlstellenversammlungen wieder regelmäßig stattfinden sollen; einen festen Tag zu beschließen sei jedoch noch nicht angebracht. Es sei ratsam, wieder einen Versammlungs-Kalender heraus des Gewerkschaftskartells einzuführen. Die Festsetzung der nächsten Versammlung wird der Verwaltung überwiesen. Kollege Weigand fragt an, ob neben der städtischen Erwerbslosenfürsorge auch noch die Verbandsunterstützung gezahlt wird. Genosse Erdmann als Vertreter der städtischen Erwerbslosenfürsorge hält dem entgegen, daß verschiedene Gründe dagegen sprechen. Um volle Klarheit zu schaffen, empfiehlt er, sich an den Verbandsvorstand in dieser Angelegenheit zu wenden. Weiterer Kollege Karl erklärte: Es sei ein Unterschied zwischen erwerbslos und arbeitslos zu machen. Erwerbslos könnte die Unterstützung nicht bewährt werden, dagegen könnten vollständig Entlassene, die als Arbeitslose zu gelten hätten, die Verbandsunterstützung beantragen. Weiter teilt der Vorsitzende mit, daß am Sonntag, den 16. Februar, eine Zusammenkunft der Unterkassierer der umliegenden Ortschaften, deren Mitglieder unserer Zahlstelle angegliedert seien, unter Zuziehung der Arbeiterausschüsse der Betriebe von Ilmenau stattfindet, um volle Ordnung im Rassenwesen zu bekommen; ebenfalls seien Organisations- und Agitationsfragen zu erledigen. Der Anregung wird zugestimmt, nachdem Kollege Herzer-Unterporlitz die Notwendigkeit noch besonders befürwortete. Den Rassenabschluss vom 4. Quartal 1918 erstattete Kollege Barth. Einnahme 1221,07 Mk., Ausgabe 945,84 Mk. Mitglieder sind zurzeit rund 500 vorhanden. Kollege Buxter beantragt, dem Kassierer Ermächtigung zu erteilen, was einstimmig geschieht. Als Kartelldelegierte werden die Kollegen Garloiter Hoffmann, Erdmann, Buxter, Barth, Hermann Köppler, Wilh. Budlitsch, Gräzel, Stürz, Kempt und Kollegin Selma Hoffmann einstimmig gewählt. Unter Punkt 4 berichtet der Vorsitzende über eine Sitzung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Terrafottaabriken, die von negativem Erfolg gewesen ist. Es sei erforderlich, daß die Terrafottaarbeiter zu den Lohnfragen nochmals Stellung nehmen. Auch in anderen Betrieben suche man die getroffenen Vereinbarungen zu durchkreuzen. Dem entgegenzusteuern, sei Pflicht eines jeden Kollegen und jeder Kollegin. Mit dem Ersuchen, die kommenden Versammlungen reger zu besuchen, schließt der Vorsitzende gegen 11 Uhr die Versammlung.

**Kahla.** Seit langer Zeit ist es das erste Mal wieder, daß die Zahlstellenversammlung im Saale des „Rosengarten“ tagte. Nach dem unglücklichen Ausgang der Aussperrung von 1912 mußten wir in Kahla infolge der immer mehr zusammenwachsenden Mitgliederzahl die Versammlungen im kleinen Saal bzw. in der Gaststube abhalten. Dieses Umstandes gedachte der Vorsitzende in seinen einleitenden Begrüßungsworten besonders und gab er der Hoffnung Ausdruck, daß sich der Saal bald als zu klein erweisen möge, um alle Versammlungssteilnehmer aufnehmen zu können. Die Tagesordnung war eine reichhaltige. Vor Eintritt in dieselbe ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Kollegen Fritz Hiermann, Dreher, in der üblichen Weise.

Zum Tagesordnungspunkt „Berichte“ bringt der Kassierer, Genosse Bühl, folgendes zum Vortrag: Die Einnahme betrug 1734,01 Mk., welcher Summe eine Gesamtausgabe von 1616,02 Mk. gegenüber steht, so daß ein Bestand von 117,99 Mk. zu verzeichnen ist. Der 12-Prozent-Fonds hatte eine Einnahme von 260,71 Mk. und eine Ausgabe von 196,16 Mk. zu verzeichnen, und schloß demnach mit einem Bestand von 73,55 Mk.

Für den Lokalfonds wurden vereinnahmt 85,36 Mk. und veraus-

gibt 72,78 Mk., so daß ein Bestand von 12,57 Mk. vorhanden ist. Dem Kassierer wird einstimmig Ermächtigung erteilt.

Die Mitgliederzahl der Zahlstelle betrug am Schluß des Jahres 1918 378, und zwar 216 männliche und 162 weibliche. Gegenwärtig beträgt die Mitgliederzahl am Orte 577. Diese Zahl muß sich wesentlich erhöhen in dem Augenblick, in dem die Betriebe ihre volle Tätigkeit wieder aufnehmen. Dann dürfte für Unorganisierte überhaupt kein Platz mehr in den Betrieben sein. Es ist ja schließlich auch der Wunsch der jetzigen Direktion der A.-G. Kahla, daß sich die Arbeiterschaft ausnahmslos organisiert, denn anders läßt sich die Neuzugang des Herrn Generaldirektor Füllmann, gelegentlich einer Versammlung in Kahla, in welcher die Herren Staatsminister Tell und Staatsrat Fröhlich, Altenburg, anwesend waren, wohl nicht denken, wenn er erklärte, daß bei den vielen Verhandlungen, die er in seiner Eigenschaft als Leiter der verschiedensten Betriebe mit den Arbeitern geführt, gefunden habe, „daß die Verhandlungen mit Verständnis und Sachlichkeit geführt wurden, wo es sich um organisierte Arbeiter handelte gegenüber einer unorganisierten zügellosen Herde“. Als einen weiteren Charakter über den Wert des Zusammenschlusses der Arbeiter wollen wir den Herrn Quist, Besitzer der Porzellanfabrik „Union“ in Kleindembach, nennen. Dieser Herr erklärte seinen Arbeitern gegenüber, daß er am liebsten nur mit Organisierten zu tun haben möchte. Die Kolleginnen und Kollegen in Kahla nicht nur, sondern allerorts mögen sich solche Urteile zu Herzen nehmen und danach handeln, falls sie sich nicht frei entschließen sollten, der Organisation beizutreten.

Ein weiterer Tagesordnungspunkt war: Kartellbericht. Genosse Leube war Berichterstatter. Hervorgehoben zu werden verdienen die Ausführungen über die Einrichtung des paritätischen Arbeitsnachweises, wie wir uns einen solchen schon früher vorge stellt haben als wohlthuend wirkende Einrichtung. Die Mithilfe der Organisation am Orte beim Ausbau des Idealarbeitsnachweises ist sicher. Genosse Alfred Müller macht noch ergänzende Ausführungen zum Kartellbericht über Zweck und Ziele der genossenschaftlich-gewerkschaftlichen Versicherungsgesellschaft „Volkfürsorge“ und forderte zu regem Abschluß von Verträgen auf. Genosse A. Serfling wird in die Verwaltungskommission der „Volkfürsorge“ gewählt. Der Vorsitzende berichtet hierauf in seiner Eigenschaft als Leiter der Geschäftsstelle der Erwerbslosenfürsorge über den Stand der Erwerbslosigkeit im Bezirk Kahla. Die Zahl der Erwerbslosen, die gegenwärtig zirka 1000 betrage, müsse bei einer Einwohnerzahl von 12000 als enorm hoch bezeichnet werden. Die Schattenseiten der einseitigen Industrie am Orte zeigen sich in diesem Augenblicke in erschreckendem Maße.

Die infolge des Krieges der Stadt erwachsene Schuldenlast erfährt eine unheimliche Steigerung durch die Inanspruchnahme der Erwerbslosenunterstützung, und den Arbeitern ist auf die Dauer doch nicht geholfen mit der Erwerbslosenfürsorge. 130000 Mk. waren notwendig innerhalb sieben Wochen für Erwerbslosenunterstützung am Orte. Die Rückzahlung der von Reich und Staat zugesicherten Beträge zu dieser Fürsorge wird wohl kaum jemals erfolgen können, weil diese infolge der gesteigerten Ausgaben ungeniem belastet werden, so daß die ganze Last letzten Endes auf den Gemeinden ruhen bleibt. Bei der Inanspruchnahme ergeben sich zu allem Überflusse auch noch Mißbilligkeiten dadurch, daß die Wünsche einzelner bis ins Unerfüllbare sich steigern, die natürlich unberücksichtigt bleiben müssen. Betrügerische Manipulationen sind nicht ausgeschlossen. Uebler Leumund gegen die Geschäftsführer der Fürsorge bei Zurückweisung zu hoch geschraubter Wünsche bzw. bei Aufdeckung von Betrug ist die Folge des Pflichtbewußtseins und des Willens der Geschäftsführer, gerecht zu sein im Sinne des Gesetzes. Am besten würde der Arbeiterschaft und auch den Gemeinden dienen sein, wenn für Arbeitsgelegenheit gesorgt würde. Für die Porzellanindustrie sei dies ganz besonders möglich, da die zur Produktion notwendigen Rohstoffe fast ausschließlich im Inlande gewonnen werden bzw. noch vorhanden seien und der Inlandsmarkt an Erzeugnissen der Porzellanindustrie tatsächlich Mangel leidet. Durch Belieferung mit Kohle an die Betriebe würde, ohne die Allgemeinheit zu schädigen, ein Teil der Produktion belebt und die Allgemeinheit nur Nutzen haben. Die bevorzugte Belieferung mit Kohle sei Pflicht der maßgebenden Stellen, um so mehr, als nach dem Berichte des Vertreters des Bergarbeiterverbandes auf der am 1. Februar in Berlin tagenden Vorstandskonferenz der Gewerkschaften sich die Lagerbestände der Kohle, namentlich in Westfalen, vergrößern. Dem fortwährenden öffentlichen Appell, dort Arbeit zu nehmen, wo sich solche vorfinde, könnte und müßte seitens der Porzellanarbeiterschaft die Forderung entgegengesetzt werden: Schafft uns Arbeit durch Belieferung mit Kohle an die Porzellanfabriken! An diesen Bericht schloß sich eine sehr lebhafteste Aussprache an. Eine entsprechende Entschliebung wurde verabschiedet. Die Kollegen allerorts werden ersucht, sich dieser Angelegenheit energisch anzunehmen.

An Stelle der zum Grenzschutz eingerückten Kollegen August Hoffmann und Franz Schred werden die Kollegen Max Länger und Johann Nüchermann zu Revisoren gewählt. Ferner werden Erjak bzw. Ergänzungswahlen in die Jugendkommission, zum Kartell und in die Ortsverwaltung erledigt. Die Namen der Opfer des Völkermordes der Zahlstelle (39 an der Zahl) beschließt die Versammlung in der „Altenburger Volkszeitung“ und im „Kahlaer Tageblatt“ zu veröffentlichen. Die Auszahlung der Unterstützung an Arbeitslose soll nur an den Sonntagen in der Zeit von 1/2 bis 1/4 Uhr nachmittags im „Rosengarten“ erfolgen. Zum Schluß wird noch Klage geführt über sich breitmachende Mißstände im Betrieb von C. A. Lehmann & Sohn. Der Betrieb ist noch nicht richtig im Gange und zeigen sich schon wieder Zustände, wie wir solche vor dem Kriege so hier und da gekannt haben. Es wird berichtet, daß Kollegen eine dreißigstündige Arbeitszeit für sich in Anspruch nahmen, während andere in den Pausen sogar mit ihren Frauen am Ofen arbeiten, indessen noch eine ganze Anzahl männlicher Arbeitskräfte, vom Heere zurückgekehrt, ohne Beschäftigung sind. Die Löhne, bis zu 84 Pf. Stundenlohn in diesem Betriebe, stehen ebenfalls in gar keinem Verhältnis zu der augenblicklichen Teuerung. Den dortigen Kolleginnen und Kollegen wird von der Versammlung aufgegeben, sich reslos zu organisieren und die gerügten Mißstände in der Kumpelkammer der Vergangenheit zu begraben.

Mit anfeuernden Worten und dem Hinweis auf die der Arbeiterschaft zugewiesene Mission, die Zukunft sich besser zu gestalten als die

Vergangenheit und Gegenwart, schloß der Vorsitzende die interessante Versammlung.

**Plan.** Die am 2. Februar im Gasthaus „Zum Adler“ stattgefundene Zahlstellenversammlung war leider nur mäßig besucht. Unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Verhältnisse, von denen man annehmen sollte, daß sie aufreißend wirken, wäre ein besserer Versammlungsbefuch zu erwarten gewesen. Zunächst gab der Kassierer den Bericht über die Kassenverhältnisse im Jahre 1918. Die Abschlüsse wurden quartalsweise zur Kenntnis gebracht. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit, indem sie bei der Kassenrevision Bücher und Kasse immer in bester Ordnung vorgefunden und beantragten die Entlastung des Kassierers, die einstimmig erteilt wird. Hierauf wird über die Verhandlungen des Arbeiterausschusses mit der Direktion der Porzellanfabrik von Schierholz berichtet. Das Verhandlungsprotokoll wurde zur Verlesung gebracht. Die Leitung der Firma bewilligte nach längerer Aussprache im allgemeinen die der Zeit entsprechenden Forderungen der Arbeiterschaft, womit die Angelegenheit ihre Erledigung findet. Hierauf wurde die Neuwahl der gesamten Verwaltung vorgenommen. — Nachdem es gelungen ist, fast die gesamte Arbeiterschaft des hiesigen Betriebes unserem Verbands anzuschließen, muß nunmehr der Erwartung Ausdruck gegeben werden, daß diese auch festhält an Verbands in jeder Situation, in ihrem eigensten, sowie im Interesse der gesamten hiesigen Porzellanarbeiterschaft.

## Zur Beachtung für die Zahlstellenverwaltungen!

Von mehreren Verwaltungen ist uns Mitteilung zugegangen, daß die Zahlstellenversammlungen regelmäßig an einem bestimmten Tage im Monat stattfinden und daran das Verlangen geknüpft worden, die Redaktion möge immer in der entsprechenden Nummer der „Ameise“ die Bekanntgabe der Monatsversammlung ohne weiteres veranlassen. Dazu ist zu bemerken, daß sich die Redaktion darauf nicht einlassen kann. Versammlungs-Anzeigen können nur dann aufgenommen werden, wenn eine besondere Mitteilung für jede Versammlung rechtzeitig vorher an die Redaktion eingesandt wird. Die Redaktion.

## Zur Beachtung für die Zahlstellenkassierer.

Mit Nr. 8 „Die Ameise“ haben alle Zahlstellenkassierer, die die Zeitung im Paket erhalten, die Zählkarte für die Arbeitslosenzählung pro Februar zugestellt erhalten. Mit Nr. 9 erhalten die Kassierer, die das Blatt unter Streifband zugestellt bekommen, die Zählkarte. Als Stichtag gilt der letzte Sonntagabend im Monat, das ist in diesem Falle der Sonntagabend, 22. Februar. Die Kassierer wollen also die Karte nach Erhalt sofort ausfüllen und an das Verbandsbureau einsenden. Das Verbandsbureau.

## Adressen-Änderungen.

**Freienort.** Revisor: Otto Lütz.

**Fulda.** Vorsitzender: Anton Kresch, Bongstraße. Schriftführer: Otto Mademacher, Löffelstr. 48. Kassierer: Hermann Wies, Am Schützenhaus 4. Revisor: Gustav Werner, Butterstr. 2. Sämtl. Emailmalerei.

**Altenau.** Vorsitzender: Artur Erdmann, Dreher, Pförtchenstr. 27. Schriftführer: Willy Leffler, Spritzer, Krankenhausweg 2. Kassierer: Karl Barth, M., Rajen 14. Revisoren: Hermann Mah, M., Wiesenweg 28; Hermann Bruster, Br., Oberdorfstr. 6.

**Judenbach, Kreis Sonneberg (Thüringen).** Vorsitzender: Gustav Schindhelm, Fgfr. Schriftführer: Armin Engel, M., Nr. 218. Kassierer: Richard Diez, Stzr., Ortsstr. 39. Revisoren: Bernhard Süssa, Schln.; Peter Müller, Br., Nr. 24.; Adolf Eichhorn, M., Nr. 67.

**Kippelsdorf b. Sonneberg (Thüringen).** Vorsitzender: Bernhard Rehn, Steinbach. Schriftführer: Edmund Müller, M. Kassierer: Andreas Schuber, Drhr. Revisoren: Fritz Schilling, Mag Bauer.

**Plan.** Vorsitzender: Hans Krammich, M. Schriftführer: Paul Schüller, Drhr. Kassierer: Berthold Perlet, M., Arnstädterstr. 13-1. Revisoren: Karl Baase, Br.; Karl Brömel, Pär.; Hugo Kämmer, Fr.

**Röslau (Oberfranken).** Vorsitzender: Paulus Köstler, Fgfr., Oberöslau 102. Schriftführer: Karl Rothberger, Drhr., Bahnhof 49. Kassierer: Fritz Männing, Br., Oberöslau 67. Revisoren: Johann Lang, Oberöslau; Andreas Lahrich, Oberöslau.

**Schubert b. Rothensinken (Oberfranken).** Vorsitzender: Karl Butters, Dreher. Schriftführer: Carl Zimm, M. Kassierer: Wilhelm Sasse I, M., Kottenber. Revisor: Louis Sasse, Drhr., Kottenber. Post- und Telegr. B. Nr. 5-11.

**Soran (N. L.).** Vorsitzender: Mag Weber, Auenstr. 25 b.

## Versammlungs-Anzeigen.

**Zollreifer Schuch in allen Versammlungen erwünscht.**

**Dresden.** Sonnabend, den 1. März, abends 6 Uhr, im Zimmermanns Restaurant, Naumburgerstr. 102.

**Grünhain.** Sonnabend, den 1. März, abends 8 Uhr, zum Steigerhaus.

**Hagelburg.** Sonnabend, 1. März, abends 7½ Uhr, bei Farnad, Schmidstr. 58.

**Berlin.** Mittwoch, den 5. März, abends 6 Uhr: Edelweismaler bei Wollschläger, Wollbertstr. 21.

**Donnerstag,** den 6. März, abends 7 Uhr: Verwaltungskomm. im Bureau, Naumburgerstr. 85.

**Sonnabend,** den 15. März, abends 7 Uhr: Zahlstellenversammlung im Gewerkschaftshaus (Soal III), Engel-Ufer 15.

**Elsterwerda.** Mittwoch, den 5. März: Versammlung sofort nach Betriebschluss bei Engelmann in Viehla.

**Liefenfurt.** Sonnabend, den 8. März, abends 8 Uhr, in der Brauerei (lange Stube). Tagesordnung: 1. Verwaltungswahl. 2. Beschlussfassung über Stiftungsfeier und Aufführung eines Theaterstücks. 3. Geschäftliches und Verschiedenes.

**Bonn.** Sonntag, den 9. März, nachmittags 4 Uhr, im „Volkshaus“, Sandkaule 13.

**Altenau.** Zahlstellenversammlung immer am Sonnabend nach dem ersten jeden Monats, abends 7 Uhr, im „Adler“.

**Grünhain.** Die Zahlstellenversammlungen finden regelmäßig jeden Sonntag im Monat statt, und zwar nachmittags 3 Uhr, im Goldhahn Restaurant.

**Neuhaus a. Rennweg.** Unsere Zahlstellenversammlungen finden regelmäßig jeden 1. Sonntag im Monat statt, und zwar nachmittags von 6 Uhr ab im „Schützenhof“.

**Rheinsberg.** Sonnabend, den 1. März, abends 6 Uhr, im „Brandenburger Hof“.

## Totenliste unserer im Felde gestandenen Krieger.

Karl Rudolph, Dreher, geboren am 23. November 1886 in Stadtlengsfeld, gestorben in russischer Gefangenschaft am Typhus am 25. Juni 1918. Mitglied der Zahlstelle Stadtlengsfeld.

Ehre seinem Andenken!

## Sterbetafel.

Schirnding. Georg Mötch, geboren am 20. April 1870 in Schirnding, gestorben am 16. Februar an Asthma. Mitglied des Verbandes seit 1912.

Ehre seinem Andenken!

## Arbeitsmarkt.

### Dreher

für Becher, Schalen und Teller werden für sofort gesucht.

Porzellanfabrik Königszell, Königszell i. Schl.

### Mehrere tüchtige Drehbentöpfer

„Freidreher“ für dauernd gesucht.

Ofenfabrik Sagonia G. m. b. H., Kochgeschirr-Abteilung, Meissen.

### Tüchtiger erfahrener Steher,

gut eingearbeitet auf 1a Gipsfiguren gesucht. Off. an den Arbeitsnachweis Berlin SO. 26, Naumburgerstr. 85.

## Geschäfts-Anzeigen.

Goldflaschen, goldhaltige Lappen, überhaupt alle Malrückstände zum Einschmelzen, kauft bei pünktlicher, reeller Bedienung.

Oskar Rottmann, Stadtilm.

### Goldflaschen, alle goldhaltigen Malrückstände

kauft bei schneller, reeller Bedienung höchstzahlend. Für 5. und 10. Gramm-Flaschen mit Stöpsel zahle 4 Pf. pro Stück.

A. Langhammer, Willkau bei Zwickau, Sa.

### Alle Malrückstände, Goldflaschen,

goldhaltige Lappen, Näpfe, Pinsel usw.

kauft zu höchsten Preisen

Otto Seifert, Zwickau, Sa., Gatorweihstr. 32,

Schnelle, reelle Bedienung.

### Goldflaschen, goldhaltige Lappen

sowie alle Malrückstände zum Einschmelzen

kauft R. Rötter, Dresden-N., Geisigstr. 811.

Schnelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Herausg. v. Verbands d. Porzellan- u. bew. Arbeiter u. Arbeiterinnen

Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.

Berlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.

Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 22.